

Zusammenfassend kann man zwar sagen, dass der Zusammenhang zwischen der Wahl einer bestimmten Partei und der Klassenlage der Wähler in den letzten Jahrzehnten abgenommen hat. Dazu trägt neben dem Trend der beiden Großparteien zur ideologischen Mitte auch die Tatsache bei, dass »soziale« Ungleichheit und »soziale Gerechtigkeit« äußerst komplexe Phänomene sind, wie in Kapitel 4 aufgezeigt wurde. Trotz dieser beiden Aspekte wäre es weit verfehlt, der sozialen Lage bzw. Klassenlage und Schichtzugehörigkeit heute keine Bedeutung für das Wahlverhalten mehr zuzuschreiben. Wenn man etwa feststellt, dass eine »Klassenpartei« wie die SPÖ auch von vielen Arbeitern nicht mehr gewählt wird, ist dafür auch deren spezifisches, aktuelles Programm und politisches Verhalten mit verantwortlich. Wenn die SPÖ – und ebenso andere Parteien – jedoch wieder einmal in der Lage sein würden, ihr Programm entsprechend schärfer zu profilieren und dafür auch glaubwürdige Spitzenkandidaten aufzustellen, kann die Klassenlage der Wählerinnen und Wähler auch wieder eine größere Rolle spielen. So zeigte sich etwa im *Sozialen Survey* 2003, dass eines der beiden wichtigsten Motive dafür, eine Partei zu wählen, lautete: »vertritt meine Werthaltungen« (Sebinger/Nemella 2005).

### 10.3 Die Sozialstruktur im gesellschaftlichen Bewusstsein

Wir haben gesehen, dass die Bevölkerung den Parteien sehr spezifische Kompetenzen und Schwerpunkte in der Vertretung der Interessen verschiedener Klassen und Schichten zuspricht. Zugleich scheint das konkrete Wahlverhalten aber nur mehr schwach von der sozialen Lage der einzelnen bestimmt zu werden. Hier besteht ein gewisser Widerspruch. In diesem abschließenden Teil soll versucht werden, diesen Widerspruch aufzuklären. Es soll gezeigt werden, dass 1) – trotz einer auf den ersten Blick stark egalitären Gesinnung der Österreicherinnen und Österreicher – die Begriffe der Gleichheit und Ungleichheit, und die entsprechenden politischen Maßnahmen auch in den Augen der Bevölkerung sehr unterschiedliche Dimensionen umfassen und unterschiedliche Maßnahmen erfordern; 2) die offizielle Politik der Regierungen von 1945 bis zur Jahrhundertwende das Thema der »Ungleichheit« nur sehr indirekt und am Rande angesprochen hat; 3) eine Reihe von *vested interests* der unterschiedlichsten Art verhindern, dass es berechnete Anliegen objektiv benachteiligter sozialer Gruppen zu einer hohen Priorität auf der Tagesordnung der politischen Agenda bringen können.

#### *Der Egalitarismus der Österreicher und seine Hintergründe*

Stanislaw Ossowski (1962 [1957]) hat in einer originellen wissenssoziologischen Studie gezeigt, dass jede Gesellschaft durch eine spezifische, dominante Vorstellung von ihrer Sozial- und Klassenstruktur gekennzeichnet ist. Man könnte sagen, dass er damit das Konzept des *conscience collective*, des kollektiven gesellschaftlichen Bewusstseins von Emile Durkheim, für den Bereich der Sozialstruktur und sozialen Ungleichheit konkretisiert hat. Ossowski verfolgt die Gleichheits- und Ungleichheitsvorstellungen zurück bis in religiöse Schriften vom Altertum bis in die frühe Neuzeit und vergleicht die Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion im Hinblick auf ihre jeweiligen Ideologien von Gleichheit und Leistung (wobei er erstaunlich viele Parallelen zutage fördern kann).

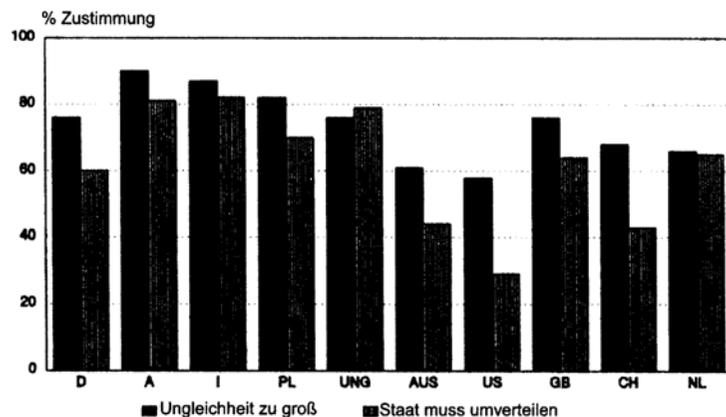
Hier sollen Befunde aus einer in diesem Geiste durchgeführten internationalen Studie präsentiert werden, die ein interessantes Licht auf die Frage der Gleichheitsorientierungen der Österreicher werfen (vgl. auch Norden 1985). Im Rahmen des *International Social Survey Programme* (ISSP) wurde mehrfach die Frage der Wahrnehmung und Beurteilung der sozialer Ungleichheit durch die Bevölkerung der beteiligten Länder (inzwischen weltweit rund 40) erfasst. Einige Befunde aus der ersten dieser Erhebungen, die 1987 durchgeführt wurde, sind von unmittelbarer Relevanz für unser Thema (vgl. Haller/Mach/Zwicky 1995).

*Abbildung 10.4* zeigt, dass die Österreicher im Vergleich zu neun anderen westlichen Ländern durch eine besonders stark ausgeprägte Gleichheitsorientierung bzw. kritische Wahrnehmung der Ungleichheit gekennzeichnet sind. Am höchsten überhaupt – über 80 Prozent – ist der Anteil jener, die der Meinung sind, die Ungleichheit in ihrem Land sei zu hoch. Hohe Werte zeigen sich in dieser Aussage auch bei Italienern, Deutschen und Engländern, Polen und Ungarn; weit niedrigere dagegen bei den Australiern und US-Amerikanern (50–60 Prozent). Dies ist bereits ein bemerkenswerter Befund, zeigt er doch, dass die Wahrnehmung von Ungleichheit nicht unbedingt stark mit dem objektiven Ausmaß der Ungleichheit korreliert, das in einer Gesellschaft besteht. So ist die Ungleichheit in Österreich wie anderen europäischen Ländern ja geringer als in den USA, wie in Kapitel 9 gezeigt wurde.

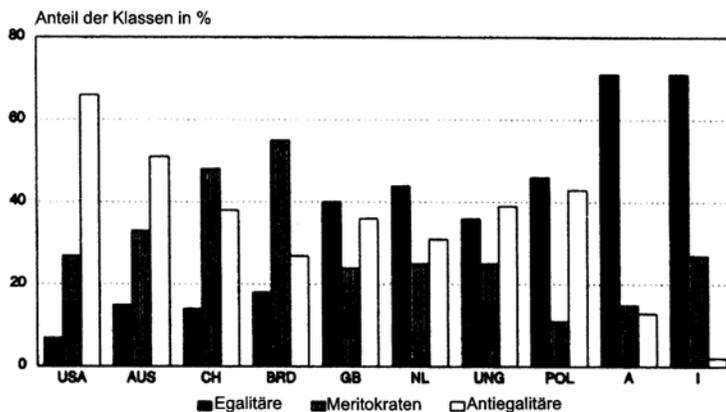
Im Rahmen dieser Studie wurde eine komplexe statistische (latent-class) Analyse mehrerer Aussagen zur sozialen Ungleichheit durchgeführt, um zu sehen, ob sich die Bevölkerung der verschiedenen Länder durch ganz spezifische Bündel von Wahrnehmungen und Einstellungen charakterisieren lässt. Aussagen folgender Art, die den Befragten zur Zustimmung oder Ablehnung vorgelegt wurden, gingen in die Analyse ein: Wichtig für das Vorwärtkommen im Leben ist gute Ausbildung/ harte Arbeit/ richtige Leute kennen; der Staat hat die Aufgabe einen Arbeitsplatz für jeden bereitzustellen und die Einkommensunterschiede zu verringern; es gibt Konflikte zwischen Armen und Reichen.

Abbildung 10.4: Die Gleichheitsorientierung der Österreicherinnen und Österreicher im internationalen Vergleich von 10 Ländern

a) Beurteilung der Einkommensungleichheit und Einstellungen zur Umverteilung durch den Staat



b) Latente Typen von Gleichheits- und Ungleichheitsorientierungen



Quelle: Haller/Mach/Zwicky, Egalitarismus und Antiegalitarismus [...] (1995), S. 237 und 244, Abbildung 3 und 7a; Datenbasis: ISSP-87 »Einstellungen zur sozialen Ungleichheit«, »Einstellungen zur Ungleichheit«.

Die Analyse ergab die folgenden drei »latenten Klassen« oder Typen von gleichheitsbezogenen Orientierungen:

- die *Egalitären* sind Menschen, die am ausgeprägtesten die Meinung vertreten, dass es Aufgabe des Staates sei, Arbeitsplätze für alle bereitzustellen und die Ungleichheit zu reduzieren; sie sind auch häufig der Meinung, gute Ausbildung sei wichtig für Vorwärtskommen;
- die *Meritokraten* sehen vor allem gute Ausbildung als wichtig für Vorwärtskommen; sie sind aber auch der Meinung, richtige Leute zu kennen sei wichtig und der Staat solle die Ungleichheit reduzieren;
- die *Antiegalitären* (vielleicht wäre besser zu sagen: die Vertreter eines *individualistischen Leistungsprinzips*) sind vor allem der Meinung, gute Ausbildung und harte Arbeit seien wichtig für Vorwärtskommen; sehr viel seltener befürworten sie Interventionen des Staates.

Die Befunde in Abbildung 10.4 zeigen zwei interessante Sachverhalte. Zum ersten kann man die Länder danach vergleichen, wie homogen die Orientierungen in Bezug auf Gleichheit und Ungleichheit in einem Land jeweils sind. Hier sehen wir, dass in Österreich und Italien ein Typ – die Egalitären – mit Abstand dominiert, genauso wie in den USA (und etwas weniger ausgeprägt auch in Australien) der Typ des Antiegalitären bzw. Vertreter des *individualistischen Leistungsprinzips* mit Abstand am häufigsten ist. Das bedeutet, dass in Österreich quer über die objektive Lage der Befragten und ihre politischen Orientierungen hinweg eine relativ einheitliche Grundauffassung besteht.

Zum zweiten zeigen die Befunde, dass Österreich – neben Italien – durch den höchsten Anteil an »Egalitären« charakterisiert ist (nahezu drei Viertel der Befragten). In der Studie, aus der diese Daten stammen, konnten auch einige der wichtigsten Makrofaktoren (Merkmale der jeweiligen Gesellschaften insgesamt) herausgearbeitet werden, die im internationalen Vergleich zu einem hohen Ausmaß dieses Egalitarismus führen. Diese Faktoren sind: dominante Religion katholisch, hoher Grad gewerkschaftlicher Organisation, bedeutende Rolle sozialistischer Parteien. Darüber hinaus zeigte sich auch ein Effekt des »Kulturkreises«: in den deutschsprachigen Ländern werden z.B. viel weniger Konflikte zwischen arm und reich wahrgenommen als in den angelsächsischen Ländern.

Sind die Österreicher und Österreicherinnen wirklich so egalitär, wie es diese Befunde nahelegen? Hier ist vor allem eine Einschränkung zu machen. Zwei der Aussagen, die den Egalitarismus messen sollten, enthielten auch den Hinweis »Der Staat hat die Aufgabe [...]«. Hier liegt ein Faktor, der ohne Zweifel mit zu den hohen Werten in Österreich beiträgt: Der hohe Egalitarismus bedeutet bei vielen Befragten vielleicht weniger die Befürwortung einer substantiellen oder radikalen Umverteilung, als eine grundsätzliche Auffassung, dass der Staat sich dieser Aufgabe stellen muss. Es schimmert also auch hier wieder die bereits mehrfach konstatierte große Rolle der *Staatsgläubigkeit* der Österreicher durch (vgl. dazu umfassend Hanisch 1994).

*Die Komplexität der Beziehungen zwischen Gleichheit in verschiedenen Formen und Bereichen*

Man könnte sich – mit dem amerikanischen Klassentheoretiker Erik O. Wright (1985) – fragen, warum in modernen, kapitalistischen Gesellschaften keine Koalition der arbeitenden und eher benachteiligten Klassen zustande kommt, würden doch mindestens 50 Prozent der Bevölkerung von einer substantiellen Umverteilung profitieren. In diesem Abschnitt wird die Frage behandelt, welche Chancen eine gleichheitsorientierte Politik in Österreich heute haben könnte, welche Kräfte und Mechanismen sie verhindern oder bremsen. Drei Aspekte sind dabei von besonderer Bedeutung:

- 1) die Komplexität des Gleichheitskonzeptes und der gleichheitsbezogenen Maßnahmen selber;
- 2) die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Abstimmung zwischen dem Ziel der Herstellung von größerer Gleichheit und Gerechtigkeit im Vergleich mit anderen gesellschaftlichen und politischen Zielen;
- 3) die ungleichen Chancen in der Thematisierung und Durchsetzung gleichheitsbezogener Zielsetzungen.

Hierbei spielen neben dem Machtgefälle zwischen privilegierten und einflussreichen und eher benachteiligten sozialen Klassen und Gruppen auch die vielfältigen Verflechtungen der letzteren in das komplexe wohlfahrtsstaatliche System von Begünstigungen eine Rolle.

In Kapitel 4 wurde dargestellt, dass der Begriff der »Gleichheit« selbst sehr komplex ist in zweierlei Hinsicht:

- Zum einen im Hinblick auf den Grad der »Radikalität«: hier gibt es ein Kontinuum von den relativ liberalen Konzepten der »Chancengleichheit« und »Verteilungsgerechtigkeit«, denen jedermann zustimmen kann, bis hin zu den tiefer greifenden Konzepten der Gleichheit der Verteilung oder sogar der Gleichheit der (beruflichen) Aufgaben und Tätigkeiten.
- Zum anderen in inhaltlicher Sicht: Man kann von Gleichheit in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen sprechen, etwa im Bereich der Bildung, der Einkommensverteilung, der Gleichheit zwischen den Geschlechtern, zwischen ethnischen Gruppen usw.

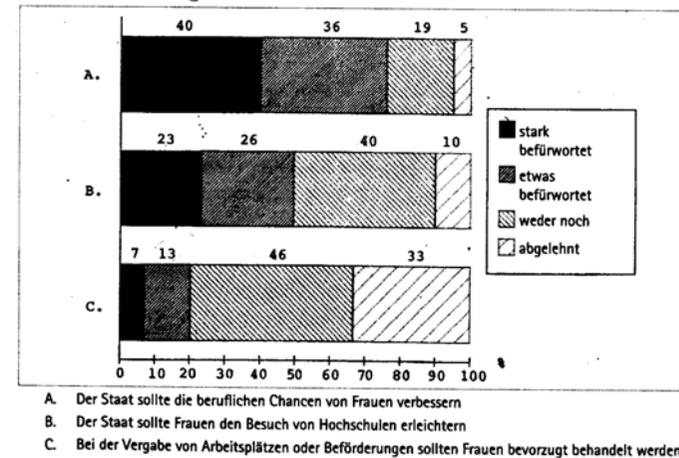
Diese Komplexität ist zu beachten, wenn man über die politischen Chancen zur Herstellung von mehr Gleichheit und Gerechtigkeit sprechen will. Politische Maßnahmen lassen sich nicht ohne weiteres trennen in solche, die nur die Chancengleichheit befördern, und solche, die substantielle Gleichheit herstellen wollen. Chancengleichheit kann offenkundig in manchen Bereichen nur durchgesetzt werden, wenn sie mit substantiell relevanten Maßnahmen untermuert wird; diese kommen aber sehr häufig mit anderen gesellschaftlichen Grundprinzipien, selbst solchen der Gerechtigkeit, in Konflikt. Das Ziel, dass Frauen

ebenso stark in Führungspositionen vertreten sein sollten wie Männer, könnte durch Quotenfestlegungen einfach und rasch erreicht werden; eine solche Maßnahme wird aber in vielen Fällen dem Prinzip der (Leistungs-)Gerechtigkeit widersprechen, welches fordert, dass der bestgeeignete Bewerber um eine Position ausgewählt wird.

In einer Analyse der Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Teilbereichen der sozialen Ungleichheit zeigte sich, dass von den insgesamt 252 möglichen Zusammenhängen nur 41 eine einigermaßen bedeutsame Stärke erreichten, also nur etwa 16 Prozent. Die meisten Zusammenhänge bestehen innerhalb spezifischer fünf Bereiche, sehr wenige jedoch über die Bereiche hinweg. Dies bedeutet, dass Befragte, die etwa die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungssystem stark befürworten, dies keineswegs auch tun im Hinblick auf die Herstellung von Gleichheit zwischen den Geschlechtern usw. Ganz allgemein bedeutet dies, dass es keine allgemeine egalitäre Einstellungsdimension (»Befürwortung sozialer Gleichheit«) gibt, sondern diese in sehr unterschiedliche, voneinander relativ unabhängige Teil-Dimensionen zerfällt (z.B. Einkommensegalitäre, Bildungsegalitäre, Geschlechteregalitäre).

Aus den Ergebnissen der Studie konnten jedoch einige allgemeine Folgerungen abgeleitet werden (vgl. dazu auch Norden 1985; ausführlich dazu Haller 1987; Haller 2005).

Abbildung 10.5: Die Befürwortung verschiedener politischer Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Frau<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Entspricht der Frage G11 im Sozialen Survey 1986

1) *Allgemeine Aussagen zur Reduktion von Ungleichheit werden eher befürwortet als spezifisch-konkrete Maßnahmen.* Je spezifischer eine politische Maßnahme, desto weniger wird sie befürwortet.

Als Beispiel wird in *Abbildung 10.5* die Zustimmung zu verschiedenen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Frauen dargestellt. Wir sehen hier, dass die große Mehrheit – drei Viertel der Befragten – der Aussage zustimmt, der Staat solle die beruflichen Chancen von Frauen verbessern (wie immer er das tun möge). Schon deutlich weniger – etwa die Hälfte – möchten auch noch, dass der Staat den Frauen den Hochschulzugang erleichtern solle; gerade noch 20 Prozent befürworten es, dass Frauen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen bevorzugt werden sollten.

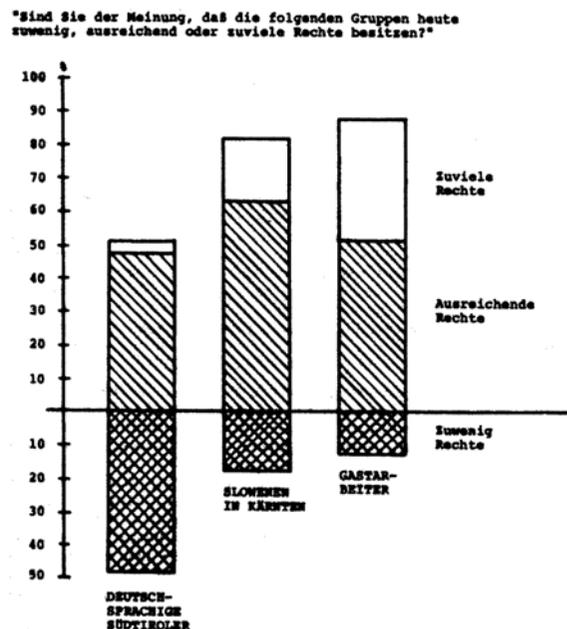
2) *Soziokulturelle Nähe fördert Solidaritätsgefühle und Solidaritätsbereitschaft.* Maßnahmen für soziale Gruppen, die einem näher stehen, und für Lebenssituationen, die einen potentiell selbst betreffen können, befürwortet man deutlich häufiger als einem selbst fernstehende Gruppen oder Probleme, die einen nicht betreffen.

So zeigt sich etwa, dass Frauen Maßnahmen der Gleichstellung eher befürworten (wenn auch nicht besonders mehr) als Männer; dass Rentner die Sicherung des Lebensstandards im Alter als wichtiger erachten als jüngere Befragte. Die Bedeutung der sozialen Nähe für das Solidargefühl kann sogar so stark werden, dass objektiv gegebene Benachteiligungen völlig verkehrt wahrgenommen werden. Dies zeigt sich in *Abbildung 10.6*, in der die Wahrnehmung der derzeitigen Rechte von drei Minderheitengruppen dargestellt wird, von Gastarbeitern, von Slowenen in Kärnten und Südtirolern in Italien. Die Rechte der Südtiroler, zu denen viele Österreicher immer noch ein sehr nostalgisches Verhältnis haben, werden als am geringsten eingeschätzt, obwohl sie objektiv umfangreicher sind als jene der slowenischen Minderheit in Kärnten oder jene der ausländischen Arbeiter in Österreich.<sup>13</sup> Manchmal geben die Meinungen der Befragten aber durchaus objektive Situationen und Veränderungen adäquat wieder. So zeigt sich etwa ein Interaktionseffekt zwischen Alter, Bildungsniveau und Wahrnehmung ungleicher Bildungschancen: ältere Befragte mit Pflichtschulbildung sehen größere Ungleichheiten der Bildungschancen als junge; hier spiegelt sich deutlich der starke Ausbau der mittleren und höheren Bildungseinrichtungen, der einen weiterführenden Schulbesuch heute wohl jedem interessierten jungen Menschen ermöglicht.

3) *Es gibt in Österreich eine universelle, egalitär-solidarische Grundhaltung.* Trotz der teilweisen Unabhängigkeit der verschiedenen Dimensionen voneinander gibt es doch so etwas wie eine allgemeine egalitär-solidarische Grundeinstellung. Zentral hierfür sind die Aussagen zur Einkommensungleichheit und zur Aufgabe des Staates, mehr Gleichheit in sozioökonomischer Hinsicht zu schaffen. Wer diese

<sup>13</sup> Es ist sogar objektiv so, dass man heute von einer Privilegierung der autonomen Provinz Bozen im Rahmen des italienischen Staates sprechen muss; das Land erhält einen größeren Anteil an öffentlichen Mitteln als seine Bürger und Unternehmer an Steuern abliefern. Nicht zuletzt deswegen gehört Südtirol heute zu den reichsten Provinzen Italiens.

Abbildung 10.6: Meinung über die Rechte von Minderheiten-Gruppen (ohne Nichtbeantwortungen)



Quelle: M. Haller, Kulturelle Gemeinsamkeit – staatliche Grenzen? (1987a), S. 279, Abbildung 2

Aussagen befürwortet, unterstützt die Herstellung von mehr Gleichheit auch in vielen anderen Aspekten und gesellschaftlichen Bereichen. Diese egalitär-solidarische Grundhaltung ist aber vielleicht ein allgemeines Kennzeichen der Europäer, nicht nur der Österreicher.

4) *Berufsschicht bzw. Klassenlage ist die wichtigste Determinante der Gleichheitsorientierungen.* Im Sozialen Survey 1986 wurde auch untersucht, welche sozialen Merkmale der Befragten ihre Einstellungen zu Gleichheit und Ungleichheit beeinflussen. Hier zeigte sich, dass eine Variable – nämlich die Berufsschicht bzw. Klassenlage der Befragten – bedeutender war als alle anderen (wie Alter, Geschlecht usw.). Arbeiter und einfache Angestellte, aber auch Bauern, sehen die Ungleichheit kritischer und befürworten Maßnahmen zur ihrer Reduktion deutlich stärker als Angehörige höherer beruflich-sozialer Schichten. Dies bestätigt nochmals die Feststellung, dass dieser Variable weiterhin eine sehr große, wenn nicht die größte Bedeutung für Lebenslage und gesellschaftliche Orientierungen der Menschen zukommt.

Welche Folgerung kann man aus diesen Befunden ziehen im Hinblick auf die Frage, welche Chancen eine gleichheitsorientierte Politik in Österreich heute hat? Man könnte meinen, dass sie sehr gering sind, weil bestimmte Maßnahmen ja jeweils nur von ganz spezifischen Bevölkerungsgruppen unterstützt werden, aber schwer eine Mehrheit dafür zu gewinnen sein wird. Man könnte auch anders argumentieren. Es muss nicht so sein, dass jemand, der eine Maßnahme, die anderen zugute kommt, ablehnt (außer es geht um eine direkte Umverteilung von der eigenen Gruppe zur anderen). Verspricht eine politische Partei jedoch ganz gezielte Maßnahmen zu Gunsten speziell betroffener Gruppen, so wird sie unter diesen auf jeden Fall viele Anhänger (Wähler, Aktivisten usw.) finden. Durch deren Aufklärungsarbeit, politische Aktivitäten usw. werden die entsprechenden Anliegen und Maßnahmen dann breiteren Bevölkerungskreisen bekannt und von diesen auch als unterstützungswürdig wahrgenommen. Man könnte aus den obigen Ergebnissen daher folgern, dass es gerade darauf ankommt, dass Parteien solche spezifischen Programme und gezielte Maßnahmen für jeweils besonders bedürftige Gruppen entwickeln. Selbst für Maßnahmen, die bestimmte Bevölkerungsteile negativ treffen, kann Zustimmung gefunden werden, wenn sie mit Überzeugung vorgetragen und begründet werden. Das vielfach beklagte Problem der großen Allerwelts-Parteien heute besteht ja darin, dass sie nur sehr allgemein gehaltene, vage Aussagen und Zielsetzungen verkünden, denen jedermann zustimmen kann. Diese reißen aber niemanden »vom Sessel« und motivieren kaum zu aktiver eigener Unterstützung dieser Parteien und ihrer Ziele. Ja, oft wird es in Österreich geradezu absichtlich vermieden, solche gezielten Maßnahmen – auch dann, wenn es sich um längst fällige Reformvorhaben handelt – vor Wahlen überhaupt anzusprechen, um dadurch ja nicht Wählerschichten zu verprellen.<sup>14</sup> Eine Fokussierung der sozialstaatlichen Ausgaben auf die wirklich bedürftigen Zielgruppen ist auch notwendig aus der Sicht der öffentlichen Finanzen. Schon im Zuge demografischer Prozesse (Zunahme des Anteils älterer Menschen, steigende Kosten des Gesundheitswesens) ergibt sich ja ein zunehmender Druck auf Eingrenzung des Anstiegs der wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben.